

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2000
– Drucksachen 14/1400, 14/1680, 14/1906, 14/1922, 14/1923, 14/1924 –**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 02 wird der Titel 532 05 „Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Gefahren des Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit“ auf 4 Mio. DM erhöht.

In Kapitel 06 35 – Bundeszentrale für politische Bildung – wird im Titel 532 02 der Punkt 9 „Für die Bekämpfung des Antisemitismus und anderer Vorurteile“ auf 3 Mio. DM erhöht.

Berlin, den 22. November 1999

**Ulla Jelpke
Petra Pau
Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

Begründung

Allein die Tatsache, dass der verstorbene Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, auf seinen Wunsch hin in Israel beerdigt wurde, da er die Vorstellung nicht ertragen konnte, dass seine Grabstätte zu einem Anschlagziel bundesdeutscher Neofaschisten und Antisemiten werden könnte, zeigt die Notwendigkeit auf, dass wesentlich mehr gegen antisemitische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland getan werden muss.

Nach wie vor bewegen sich antisemitische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland auf einem hohen Niveau. Antisemitische Einstellungen sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Heute ist es bereits so, dass rechtsextremistische Gruppierungen und Gruppierungen aus den Vertriebenenverbänden offen antisemitisch auftreten, weil sie sich davon erwarten, dass dies den Zuspruch in der Bevölkerung erweitern würde. Führende Rechtsextremisten setzen darauf, dass sie mit antisemitischer Hetze ihre Basis in der Bevölkerung verbreitern können.

Es kann nicht sein, dass jüdische Organisationen die Hauptlast der Bekämpfung antisemitischer Vorurteile tragen und dadurch zur Zielscheibe rechtsextremer Propaganda und Straftaten werden. Der Staat muss hier eine deutlich sichtbare und spürbare Rolle einnehmen, um die Entstehung und Verfestigung antisemitischer Einstellungen zu erforschen und zu bekämpfen.